



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Überflüssiges Schreibwerk

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Dem auf der Höhe seines Berufs stehenden Universitätslehrer soll die Möglichkeit gesichert werden, in zwanglosem Verkehr mit der studierenden Jugend seinen nicht hoch genug zu schätzenden erziehenden Einfluß auszuüben.

Indem der Staat den Universitäten diese Rechte überläßt, sieht er seine Aufgaben wesentlich vereinfacht. Insbesondere kann er sich selber ein Einschreiten gegen alle Fälle von Indisziplin und von Störungen der Ordnung in den Räumen der Universität ersparen, denn eine mit ausreichender Machtbefugnis versehene kollegiale Selbstverwaltungsbehörde, deren Mitglieder sich in unabhängiger, geachteter Stellung großer Autorität bei den Studenten erfreuen, erscheint durchaus geeignet, die Ordnung aufrecht zu erhalten und entstehende Aufregungen zu dämpfen. Etwas zutage tretende Unbotmäßigkeiten verlieren den ihnen in den Augen der Studentenschaft anhaftenden und sogar von der Gesellschaft zugebilligten Charakter politischer Demonstration; sie erscheinen vielmehr als Verfehlungen gegen die Satzungen der Universität, die mit geeigneten Maßregeln und Strafen zu antworten in der Lage ist. Von der Gesamtheit der Professoren kann, wenn sie sich des Vertrauens der Regierung erfreut, wohl erwartet werden, daß sie die nötige Kraft haben, und daß sie mit ihrer Autorität für Gesetz und Ordnung eintreten wird. Die Gesellschaft wird diese in Umrissen skizzierte Reform des russischen Universitätslebens wahrscheinlich freudig begrüßen.

H. Coepfer



Überflüssiges Schreibwerk



Der Abgeordnete Gamp hat kürzlich bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern im preußischen Abgeordnetenhaus Klage über die ständige Zunahme des Schreibwerks geführt. Ähnliche Beschwerden, wie diese von Gamp im Interesse der Amtsvorsteher erhoben, sind beim Etat des Kultusministeriums mit Rücksicht auf die Kreis- und Lokalschulinspektoren und beim Etat des Justizministeriums im Hinblick auf die Grundbuchrichter laut geworden. Diese Erörterungen gehören gewissermaßen zu dem eisernen Inventar des preußischen Landtags. Mindestens aller paar Jahre werden Anregungen von den Abgeordneten zur Entlastung dieser oder jener Beamtenkategorie gegeben. Mit vielem Humor pflegte der langjährige Präsident des Abgeordnetenhauses Herr von Köller von der Rednertribüne und im engern Kreise seiner Bekannten auf die Schreibwut unsers Zeitalters hinzuweisen. Man kann nicht sagen, daß sich die Zentralinstanz diesen vielfachen Anregungen gegenüber nur mit Versprechungen begnügt hätte. Durch gemeinschaftlichen Erlaß vom 30. Mai 1896 haben die Minister des Innern und der Finanzen die sogenannten Kurialien abgeschafft und wertvolle Anweisungen gegeben, wie für die Behörden namentlich in der Lokalinstanz Erleichterungen im Geschäftsverkehr eingeführt werden könnten. Einzelne Regierungspräsidenten haben im Sinne dieses Erlasses manche weitere Verbesserungen veranlaßt. Und trotz allem diese Wiederkehr der Klagen!

Unleugbar sind gerade in der eigentlichen Verwaltung die Geschäfte in rascher Zunahme begriffen. Das Anwachsen der Bevölkerung, die Mobilisierung weiter früher bodenständiger Schichten, das Bestreben, vieles von Staats wegen zu regeln, was man vordem der Initiative der Privaten überließ, bringt das mit sich. Um so notwendiger ist es, mit allem überflüssigen vermeidbaren Schreibwerk gründlich aufzuräumen. Auffallend passiv verhält sich die Bevölkerung dieser Frage gegenüber. Es liegt wohl daran, daß sie im Landtage regelmäßig mit Rücksicht auf eine bestimmte Klasse von Beamten erörtert, und daß dadurch der Anschein hervorgerufen wird, daß die Reden nur gehalten werden, um den betreffenden Beamten eine Erleichterung zu verschaffen. Und doch ist es eine Frage, die die Allgemeinheit sehr berührt. Im Staate und in den verschiedenen Zweigen der Selbstverwaltung nimmt die Zahl der Beamten ständig zu. Die Leidtragenden sind die Steuerzahler, die die Gehalte aufbringen müssen. Auch bei kleinern Behörden verliert der leitende Beamte immer mehr den Überblick über den Geschäftsgang und findet nicht mehr die Zeit, sich wichtigeren Fragen eingehend zu widmen. Die vielfach beklagte langsame Erledigung der Geschäfte ist zum größten Teil auf den Wust unnötigen Schreibwerks zurückzuführen. Am peinlichsten hat den Schreiber dieser Zeilen die sich langsam aber ständig vollziehende Abnahme geeigneter noch selbst tätiger Gemeindevorsteher berührt. Die Vergütung, die den Gemeindevorstehern gezahlt wird, pflegt so gering zu sein, daß sie nur auf weniger qualifizierte Bewerber eine Anziehungskraft auszuüben vermag. Übernehmen besser situierte Personen noch das Amt, so nehmen sie, weil sie bei ihren sonstigen Geschäften das Schreibwerk nicht mehr bewältigen können, vielfach Schreiber an und geraten natürlich in eine gewisse Abhängigkeit von diesen.

Man ist sehr leicht geneigt, den Beamten die Schuld für die Zunahme der Schreiberei allein beizumessen. Sehr mit Unrecht; es sprechen noch viele andre Umstände mit. Gewiß gibt es Bureaubeamte, die das regelmäßige Anwachsen der Journalnummern mit Freuden begrüßen. Ein dem Landtage seit vielen Jahren angehörender Abgeordneter hatte, als er noch Landrat war, durch Vereinfachung des Geschäftsganges ein Heruntergehn der Journalnummern zum großen Kummer seines Kreissekretärs erreicht. Einen gewaltigen Schrecken jagte der Landrat seinem Beamten aber ein, als er ihm gegenüber die Hoffnung aussprach, die damals vielleicht 20000 Journalnummern auf 1000 hinunterdrücken zu können. Solche Fälle sind aber doch die Ausnahme. Einem andern Abgeordneten soll einst, als er noch einer Behörde vorstand, ein Beamter wegen Rückgangs der Journalnummern entzogen worden sein. Tatsächlich waren gerade in dieser Zeit die eigentlichen Geschäfte stark gestiegen, und nur seiner Energie war es zu danken, daß sich durch Beseitigung der unnötigen Schreiberei die Journalnummern verringert hatten. In der Überschätzung der Bedeutung des Journals liegt vielfach der Anreiz zu einer Vermehrung des Schreibwerks. Jede Änderung, auch wenn sie eine Verbesserung ist, hat manche Unbequemlichkeiten für die erste Zeit, ja manchmal, wenn auch nur vorübergehend, eine Vermehrung der Arbeit zur Folge, die die Beamten scheuen. Viel mehr aber als dieses passive Verhalten der Beamten trägt zu

dem unleidlichen Zustande die kleine Presse bei. Sie muß ihre Seiten füllen und ist nicht selten geneigt, unbedeutende Sachen aufzubauschen. In den höhern Instanzen wird vielfach solchen Ausführungen ein weit größerer Wert beigelegt, als er ihnen wirklich beivohnt. Der Apparat wird in Bewegung gesetzt, und die Schreiberei geht los. Fast in allen solchen Fällen sind die eingehenden Berichte überflüssig und dienen nur als „wertvolles“ Material und zur Vermehrung der Akten.

Nicht frei zu sprechen sind der Landtag und der Reichstag. Ein drastisches Beispiel bietet die Rede des Abgeordneten Gamp selbst. Während er im Eingang seiner Rede bemängelt, daß infolge des Versiegens der Brunnen an einzelnen Orten im letzten trocknen Sommer eine allgemeine Umfrage durch die ganze Monarchie gehalten worden sei, verlangt er am Ausgang seiner Rede eine Auskunft darüber, wieviel Bestrafungen von Automobilfahrern im letzten Jahre erfolgt seien. Glücklicherweise hat der Minister die Aufstellung einer Statistik auch nur für Berlin abgelehnt. Ob sich der verehrte Abgeordnete wohl klar gemacht hat, welche Arbeit er durch diese eine Anfrage den Lokalbehörden bereitet haben würde, wenn der Minister seinem Wunsche entsprochen hätte?

Graf Bojadowsky hat vor kurzem im Reichstag in zutreffender Weise vor der Überhandnahme solcher statistischen Erhebungen gewarnt. Sie haben das Gefährliche an sich, daß sie sich wie eine ewige Krankheit forterben. Ja, wenn es sich nur um eine einmalige Feststellung handelte! Gibt aber die Statistik des einen Jahres nicht das Resultat, das der Abgeordnete erwartet hat, so heißt es, ein einjähriges Ergebnis genüge nicht. Wenn man einen sichern Überblick gewinnen wolle, müßten die Erhebungen mehrere Jahre fortgesetzt werden.

Wie nun aber Abhilfe schaffen? Die vorstehenden Ausführungen dürften schon Hinweise enthalten. Einige weitere Vorschläge mögen hier folgen. Zunächst dürfte es angebracht sein, den oben erwähnten Ministerialerlaß vom 20. Mai 1896 von neuem einzuschärfen und festzustellen, ob die damalige Anweisung nicht allein dem Wortlaute, sondern auch dem Sinne nach überall beachtet wird. In der letzten Nummer des Ministerialblattes für die innere Verwaltung findet sich eine Verfügung, in der die Oberpräsidenten erbenst ersucht werden, die Landräte gefälligst anweisen zu lassen, dem Ersuchen der Vaterländischen Frauenvereine zu entsprechen. Über das Geschehene sieht der Minister einem Bericht erbenst entgegen. Da die Oberpräsidenten ihrem Chef nicht weniger höflich antworten können, als er ihnen geschrieben hat, so werden sie die Kurialien wieder anwenden, und die Gefahr liegt nahe, daß der große Fortschritt, der in dem Erlaß von 1896 lag, allmählich verschwindet. In der Korrespondenz zwischen Zivil- und Militärbehörden sollen die Höflichkeitsfloskeln schon wieder einen ungeahnten Umfang angenommen haben. Auch müßten sich die höhern Instanzen bei jeder Änderung ernster die Frage vorlegen, ob sich aus dem bisherigen Zustande so große Unzuträglichkeiten ergeben hätten, daß diese nicht weiter geduldet werden dürften. Das Publikum hat manchmal das Gefühl, daß nur etwas geändert wird, weil man nicht

hinter dem benachbarten Bezirke, der diese oder jene „Verbesserung“ eingeführt hat, zurückstehn will.

Für Gamp als langjährigen Ministerialbeamten lag es nahe, in seiner Rede den Zusammentritt einer Ministerialkommission zu empfehlen. Ohne Frage würde eine solche Kommission manches nützen. Viel wichtiger würde aber unsers Erachtens ein Befragen der Lokalinstanzen sein, die unter dem jetzigen Zustande am meisten zu leiden haben. Jeder fühlt doch nur den Druck des unbequemen Stiefels, den er selbst anhat. Unser bester Freund kann uns die Qualen in den lebhaftesten Farben malen, man macht ein teilnehmendes Gesicht und vergißt sie im nächsten Augenblick. Schon den Beamten bei den Regierungen geht vielfach das Gefühl für die Arbeit verloren, die den Lokalbehörden unnütz bereitet wird. Der Grund liegt sehr nahe. Jeder Dezernent hat nur sein engbegrenztes Fach. Er ist zu sehr zu der Annahme geneigt, daß sich die Tätigkeit der Lokalbehörden in der Berichterstattung gerade für sein Dezernat erschöpft. Solche Sachen pflegen von oben ganz anders auszufehen als von unten. Wie viele Vakatanzeigen werden jetzt noch erstattet, und wie viele Erinnerungsverfügungen werden in nicht eiligen Sachen erlassen, nur um diligentiam zu prästitieren. Man halte uns nicht entgegen, daß dies doch nicht den Vorsteher der Lokalinstanz belastet. Das Bureau erledige solche Sachen. Die Bureaubeamten sind sozusagen doch auch Menschen, die ebenso wie die höhern Beamten Rücksicht verlangen. Man soll ihnen nicht Tag für Tag zumuten, leeres Stroh zu dreschen.

Zum Schluß noch einige spezielle Beispiele. Der Abgeordnete Gamp hat auf die vierteljährlich von den Landräten zu erstattenden Zeitungsberichte hingewiesen, in denen über die Lage der Industrie, Landwirtschaft, Militärverhältnisse, öffentliche Stimmung Mitteilung gemacht werden muß. Man braucht noch gar nicht so weit zu gehn, wie der Abgeordnete Gamp, der annimmt, daß sich alle Landräte wieder von den Amtsvorstehern Bericht erstatten lassen, wenn man nachempfinden will, daß in diesen Zeitungsberichten eine Fülle von Arbeit steckt, die vermieden werden könnte. Will man sie nicht ganz beseitigen, so mache man aus den Vierteljahresberichten Jahresberichte, die zweckmäßigerweise im April zu liefern wären, wo die Geschäftsberichte der Kreisverwaltungen schon vorliegen. Es gehört eine sehr lebhafte Phantasie dazu, aller drei Monate über Landwirtschaft, Industrie und Militärverhältnisse etwas neues und des Schreibens werthes zu berichten. Und nun erst öffentliche Stimmung! Ein Glanzpunkt war früher in dem Herbstberichte die Feier des Sedanfestes. Einige Jahre half man sich dann später damit, sein Bedauern über den Rückgang auszudrücken. Jetzt hat auch das den Reiz der Neuheit längst verloren, und die Nummer ist nunmehr ebenso farblos geworden wie in den drei andern Quartalsberichten.

Um den Leser nicht zu sehr zu ermüden, doch aber noch zu zeigen, daß alle Ressorts mehr oder weniger beteiligt sind, möchten wir nur noch die Fragen aufwerfen, ob wirklich noch ein Bedürfnis vorliegt, alljährlich die zeitraubende Statistik über die Ergebnisse der Einkommensteuerveranlagung in ihrem vollen Umfange aufzustellen, ob die Kirchenbehörden kleinere Zuschüsse

an Gemeinden nicht immer für mehrere anstatt nur für ein Jahr bewilligen könnten, ob die Beamten, die ein Dienstversum beziehen, dieses nicht ebenso wie ihren Gehalt vierteljährlich anstatt monatlich bekommen, und ob die vielen weitläufigen Bescheinigungen, die die Oberrechnungskammer fordert, nicht eine wesentliche Einschränkung erfahren dürften.



Langobardische Reste in Cividale

Von f. Viehringer



ieblich an sanft gerundete Grashügel angeschmiegt, deren weiche Linien sich nach Norden zu in spitz ansteigende, waldbedeckte Höhenzüge verlieren, über denen fern am Horizont in lang sich hinziehender, ununterbrochener Bergkette das jäh aufragende, schroffe Gestein der Venezianer Alpen zum Vorschein kommt, erhebt sich im blühenden, rebenumspunnenen Gelände Cividale, die ehemalige Hauptstadt Friauls und die Geburtsstätte des Paulus Diakonus, des Geschichtschreibers der Langobarden. Ein Hauch träumerischer Beschaulichkeit lagert über dem fern von der großen Heerstraße liegenden, nur durch eine Zweigbahn mit Udine verbundenen Orte. Ode und menschenleer erscheinen die engen, sauber gehaltenen Straßen, auf deren Pflaster laut der Schritt des rasch Dahineilenden hallt, während oben an den mit grünen Läden geschmückten, einstöckigen Häuserreihen manchmal flüchtig der Schatten einer Gestalt hinhuscht, oder sich wohl auch mit leisem Knarren ein Fenster öffnet und neugierige, verwunderte Blicke dem Fremdling folgen, der sich in diese Weltabgeschlossenheit verliert. Denn Cividale nimmt unter den vielen Kunststätten der apenninischen Halbinsel, die durch ihre Denkmäler aus dem Altertum oder den glänzenden Tagen der Renaissance alljährlich das sehnlichst erstrebte Ziel zahlloser Pilgerscharen sind, nur eine sehr untergeordnete Stellung ein. Aber dieser bescheiden hindämmernde Ort birgt doch einen Schatz in sich, der ihm zwar nicht die flüchtige Beachtung der großen Menge, wohl aber das bleibende Interesse der Leute sichert, die Kunstwerke nicht an sich, sondern im Rahmen ihrer Zeit als den Ausdruck einer bestimmten Stufe in der Kulturentwicklung betrachten. Es haben sich ja hier die einzigen beglaubigten Skulpturüberreste des deutschen Stammes erhalten, der bei seinem Einfall in italienisches Gebiet rücksichtsloser als irgendein andres germanisches Volk hauste, dort in wilder ungezügelter Naturkraft die letzten antiken Überlieferungen über den Haufen warf und mit beispielloser Zähigkeit an den Sitten und Gewohnheiten der Altvordern festhaltend während zwei Jahrhunderten Italien beherrschte, bis das durch äußere und innere Kämpfe zerrüttete Reich unter der Hand eines Stärkern in Trümmer ging.

Allerdings wäre es verfehlt, Cividale mit der Voraussetzung zu betreten, hier eine Stadt, die der Schöpfung des großen Ostgotenkönigs zur Seite zu stellen wäre, ein Klein-Navenna zu finden. An Bildung und Gefittung standen